

AKINFOS



POLITISCHE BILDNERINNEN 2014 IN WIEN

POLITISCHE BILDUNG
IN VOLKSSCHULEN UND
SCHULEN DER
SEKUNDARSTUFE 1



wien.arbeiterkammer.at



In Zeiten der immer komplexeren Sachverhalte, verkürzter Slogans und vermeintlicher Politikverdrossenheit bewahrheitet sich die Feststellung von Oskar Negt jeden Tag aufs Neue: Demokratie muss gelernt werden. Die Werte des demokratischen Zusammenlebens und die demokratische Republik sind keine Selbstverständlichkeit. So wie unsere Vorfahren für ihr Stimmrecht gekämpft haben, liegt es heute in unserer gemeinsamen Verantwortung, dass unsere Nachfahren dieses Recht und ihre demokratischen Möglichkeiten zu nutzen und zu schätzen wissen.

Als Wegbegleiter bzw. Wegbegleiterin und Vorbild im politischen Reifungsprozess der Jugendlichen sind die Lehrkräfte dabei besonders gefordert. Klare demokratische Haltung vorzuleben und Raum für kontroversielle Diskussionen zuzulassen, sind keine leichten Aufgaben.

Als Arbeiterkammer sind wir uns dieser herausfordernden Rolle der „politischen BildnerInnen“ und der gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für politische Bildung bewusst. Daher freut es mich umso mehr, als Arbeiterkammer mit der vorliegenden Studie* einen kleinen Beitrag zur sachlichen Diskussion und Verbesserung der politischen Bildung zu leisten. Denn politische Bildung ist mehr als die Vorbereitung der Stimmabgabe bei Wahlen. Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für einen konstruktiven und friedlichen Interessenausgleich. Ausgehend von der Mitbestimmung in der Schule und der Mitsprache in gesellschaftlichen Fragen bis hin zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz haben die jungen Mitbürger und Mitbürgerinnen ein Recht gehört zu werden.

Rudi Kaske
AK Präsident

* Der vorliegende Kurzbericht basiert auf der SORA-Studie: Larcher, Elke / Zandonella, Martina: Politische BildnerInnen 2014. Die Langform der Studie steht unter www.sora.at zum Download bereit.

POLITISCHE BILDUNG IN ÖSTERREICH

Die schulische politische Bildung wird in Österreich durch den Grundsatz-erlass Politische Bildung geregelt. Diesem Erlass entsprechend ist politische Bildung in allen Unterrichtsgegenständen, in allen Schultypen und allen Schulstufen ein Unterrichtsprinzip. Neben der Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, der Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten sowie dem Wecken von Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln hat politische Bildung laut Erlass als integraler Unterrichtsbestandteil auch wertorientierte Ziele.

Der Lehrplan ist durch Kompetenzorientierung charakterisiert – ein Konzept, das im Auftrag des zuständigen Ministeriums von nationalen und internationalen ExpertInnen entwickelt wurde. Das Ziel der sogenannten „kompetenzorientierten Bildung“ ist ein reflektiertes und (selbst-)reflexives politisches Bewusstsein. Dabei geht es nicht primär um den Erwerb von Wissen (dieses hat v.a. instrumentellen Charakter), sondern um die Befähigung zu politischem Denken und Handeln. Insgesamt wurden vier politische Kompetenzen definiert, die ausgehend von der Lebens- und Erfahrungswelt der SchülerInnen vermittelt werden sollen: politische Urteils-, Handels-, Methoden und Sachkompetenz.

Die LehrerInnen, die laut Grundsatz-erlass alle ihren Beitrag zur politischen Bildung leisten sollen, stehen mitunter recht alleine auf diesem weiten Feld, die ambitionierten Ziele haben sich bisher nicht entsprechend in Aus- und Weiterbildungen niedergeschlagen. Auch der 2008 installierte Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien wurde inzwischen wieder eingesparrt. Auf der anderen Seite gibt es mittlerweile ein Potpourri an Angeboten im Bereich der politischen Bildung, die sich an LehrerInnen richten. Hier setzten auch die AuftraggeberInnen der Studie, AK Wien und PH Wien, mit der Gründung des Zentrums für politische Bildung an. Aufgaben sind etwa Entwürfe für neue Konzepte zur Vermittlung der politischen Bildung, zum Beispiel in der Aus- und Fortbildung der LehrerInnen, oder die Organisation von fachspezifischen Tagungen. In den Veranstaltungen und Tagungen soll es insbesondere um die Praxistauglichkeit der Politischen Bildung im Unterricht gehen. Grundlagen über die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der LehrerInnen beim vermitteln politischer Bildung ist daher auch ein Zweck den die vorliegende Studie verfolgt um das Angebot des Zentrums für politische Bildung entsprechend zu erweitern und anzupassen.

METHODE UND STUDIENDESIGN

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird ein umfassender Blick auf die politische Bildung in den Wiener Schulen geworfen. Wo verorten die Wiener LehrerInnen politische Bildung? Was verstehen Sie unter politischer Bildung? Welche Erwartungen und Befürchtungen in Bezug auf politische Bildung spielen eine Rolle? Welche Art politische Bildung findet in Wien statt? Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, wurde eine Erhebung unter LehrerInnen an Wiener Volksschule und Wiener Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Befragt wurden alle LehrerInnen, unabhängig von ihrem Unterrichtsfach und unabhängig davon, ob sie selbst sich als politische BildnerInnen bezeichnen.

An der Erhebung haben schließlich insgesamt 476 Wiener LehrerInnen – 201 VolksschullehrerInnen und 275 LehrerInnen der Sekundarstufe 1 – teilgenommen.

Bei der Interpretation von Gruppenunterschieden sind für die vorliegenden Stichproben folgende Konfidenzintervalle zu berücksichtigen:

- LehrerInnen gesamt
(n=476): +/- 4,5%
- VolksschullehrerInnen
(n=201): 6,9%
- LehrerInnen der Sekundarstufe 1
(n=275): +/- 5,9%



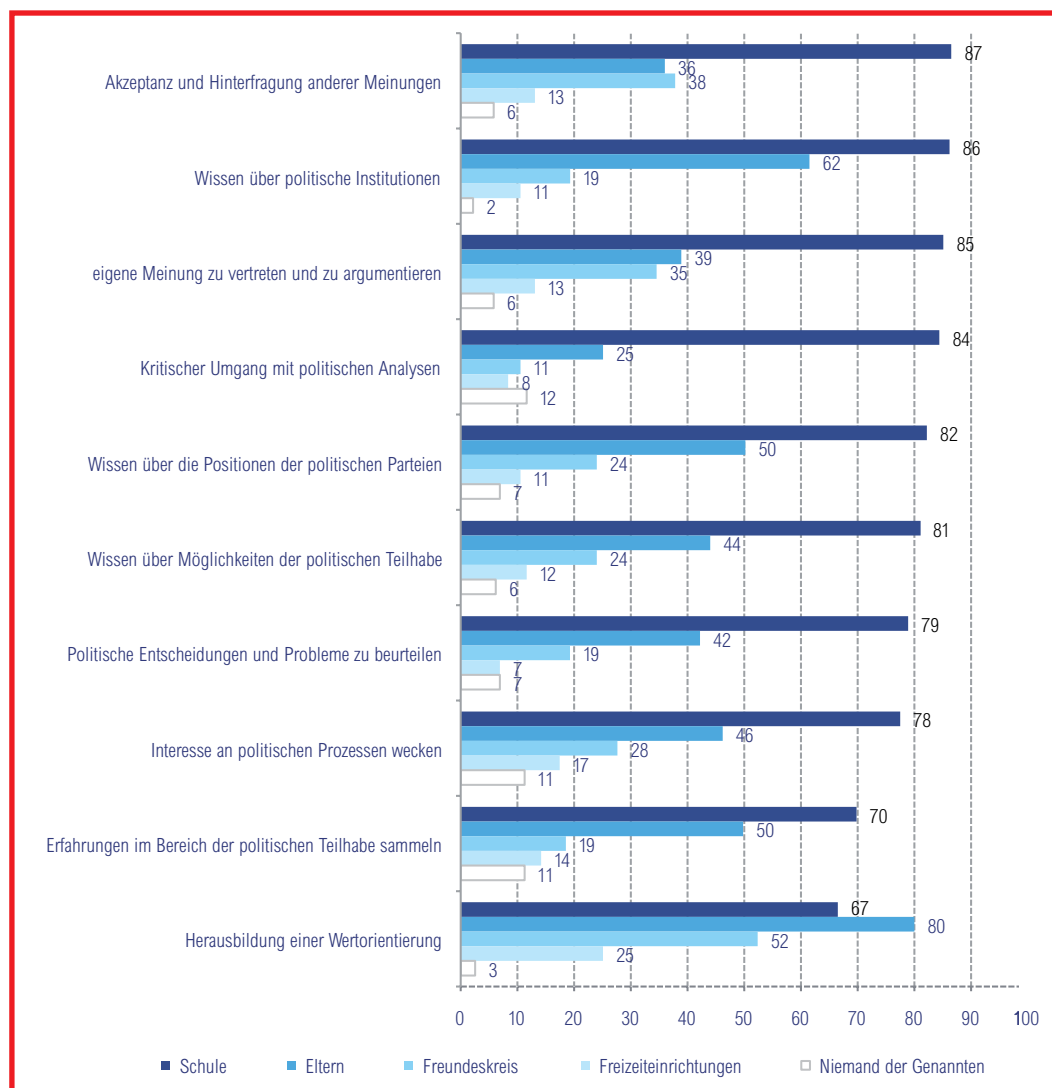
SCHULE MACHT POLITISCHE BILDUNG

LehrerInnen finden politische Bildung wichtig: Nicht etwa die Medien, Eltern oder FreundInnen sind primär für die politische

Bildung der SchülerInnen verantwortlich. Aus Sicht der Wiener PflichtschullehrerInnen hat die Schule einen wesentlichen

Abbildung 1: **Verortung politischer Bildung (Sekundarstufe 1)**

Wo eignen sich SchülerInnen folgende Fähigkeiten an?



Auftrag in der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Auch der Kompetenzerwerb im Bereich der politischen Bildung wird von allen LehrerInnen in der Schule verorten.

Politische Bildung beginnt in der Schule außerdem nicht erst mit 10, 14 oder 16 Jahren, die LehrerInnen – insbesondere die VolksschullehrerInnen selbst – sehen hier bereits die Volksschule gefordert.

Die Einschätzung der Sekundarstufe 1-LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen

differenziert hinsichtlich der Wichtigkeit des außerschulischen Bereichs für die politische Bildung der Kinder und Jugendlichen: Hauptschul- und NMS-LehrerInnen schreiben dem Freundeskreis und Freizeiteinrichtungen eine deutlich größere Bedeutung zu als AHS-LehrerInnen.

Auch VolksschullehrerInnen sehen die Schule als entscheidende Institution im Bereich der politischen Bildung. Verglichen zu den LehrerInnen der Sekundarstufe 1 schreiben sie jedoch den Eltern einen deutlich größeren Beitrag zu.



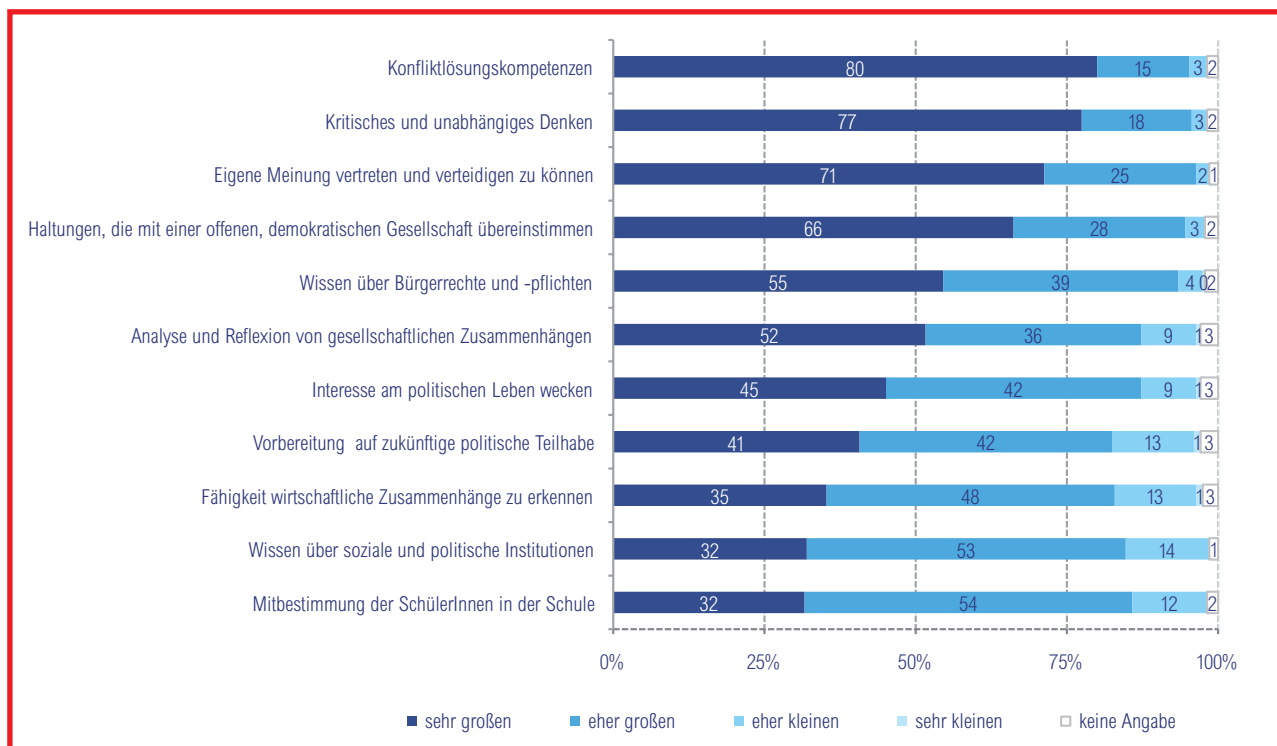
KONFLIKTLÖSUNG ANSTELLE VON INSTITUTIONENLEHRE

Worin genau liegt nun – den LehrerInnen zufolge – der Auftrag der Schule, wenn von politischer Bildung gesprochen wird? Fast alle LehrerInnen sehen in der Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen eine zentrale Aufgabe der Schule im Bereich der politischen Bildung. Weiters finden LehrerInnen der Sekundarstufe 1 die Vermittlung von kritischem und unabhängigem Denken

sowie der Kompetenz, die eigene Meinung vertreten und verteidigen zu können, wesentlich. Man kann hier einen Wandel im Verständnis der Aufgaben der Schulen beobachten: LehrerInnen setzen heute kaum auf Institutionslehre, vielmehr geht es um die Förderungen von Kompetenzen wie Konfliktlösung und kritisches Denken. Dieser Anspruch der LehrerInnen wird dabei durchaus der stärkeren Kompetenz-

Abbildung 2: **Verständnis politischer Bildung (Sekundarstufe 1)**

Welchen Wert soll die Vermittlung und Förderung folgender Aspekte in der Schule einnehmen?



orientierung, wie sie auch im Kompetenzmodell für politische Bildung definiert wird, gerecht. Die LehrerInnen priorisieren die vier Kompetenzen jedoch unterschiedlich: Während die Urteilskompetenz einen hohen Stellenwert in den Vorstellungen der LehrerInnen einnimmt, sind die Handlungskompetenz, die Methodenkompetenz sowie die Sachkompetenz deutlich nachgereiht.

Auch innerhalb der LehrerInnen zeigen sich Unterschiede. So verfügen Hauptschul- bzw. NMS-LehrerInnen über ein zum Teil unterschiedliches Verständnis von Politik als AHS-LehrerInnen: Während erstere die Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen (Urteilskompetenz bzw. Handlungskompetenz) als wichtigeren Teil der politischen Bildung betrachten, betonen die AHS-LehrerInnen die Analyse

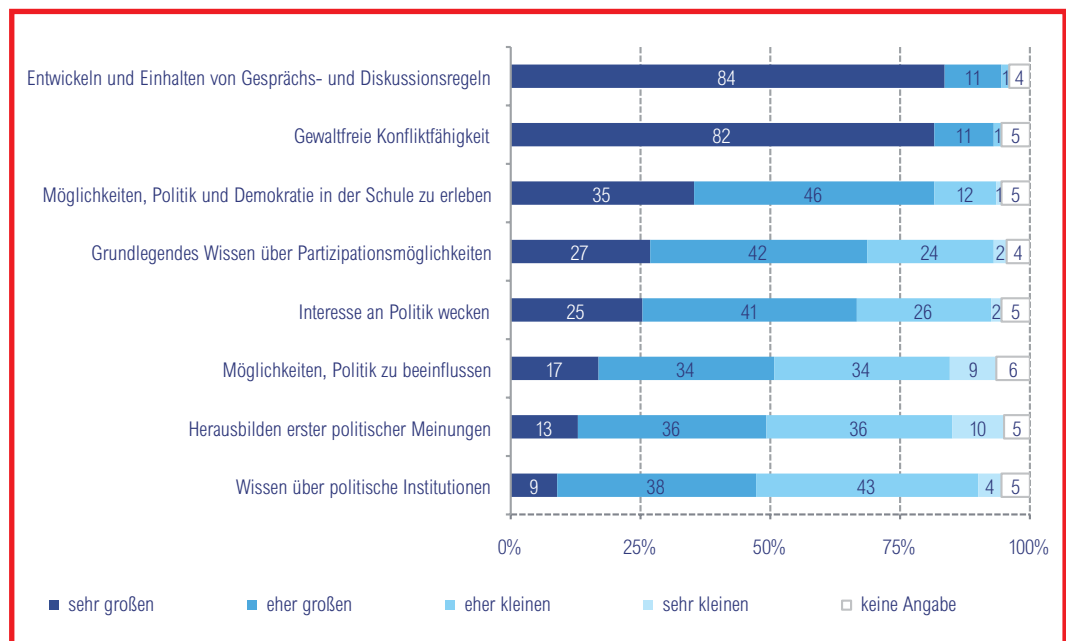
und Reflexion gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Zusammenhänge (Sachkompetenz) stärker.

Politik in Volksschulen

Politische Bildung ist längst in der Volksschule angekommen. VolksschullehrerInnen betrachten ihre Schulform als zuständig für die Vermittlung der grundlegenden Basis für ein friedliches und gemeinschaftliches Zusammenleben. Aus ihrer Sicht ist daher die Kompetenz, gewaltfrei Konflikte zu lösen sowie das Entwickeln und Einhalten von Gesprächs- und Diskussionsregeln besonders wichtig. Auffallend sind bei den VolksschullehrerInnen auch die normativen Ansprüche, die sie an ihre politische Bildung stellen: So nimmt die Erziehung zu Toleranz und Gerechtigkeit einen wichtigen Stellenwert ein.

Abbildung 3: **Verständnis politischer Bildung (Volksschulen)**

Welchen Wert soll die Vermittlung und Förderung folgender Aspekte in der Schule einnehmen?

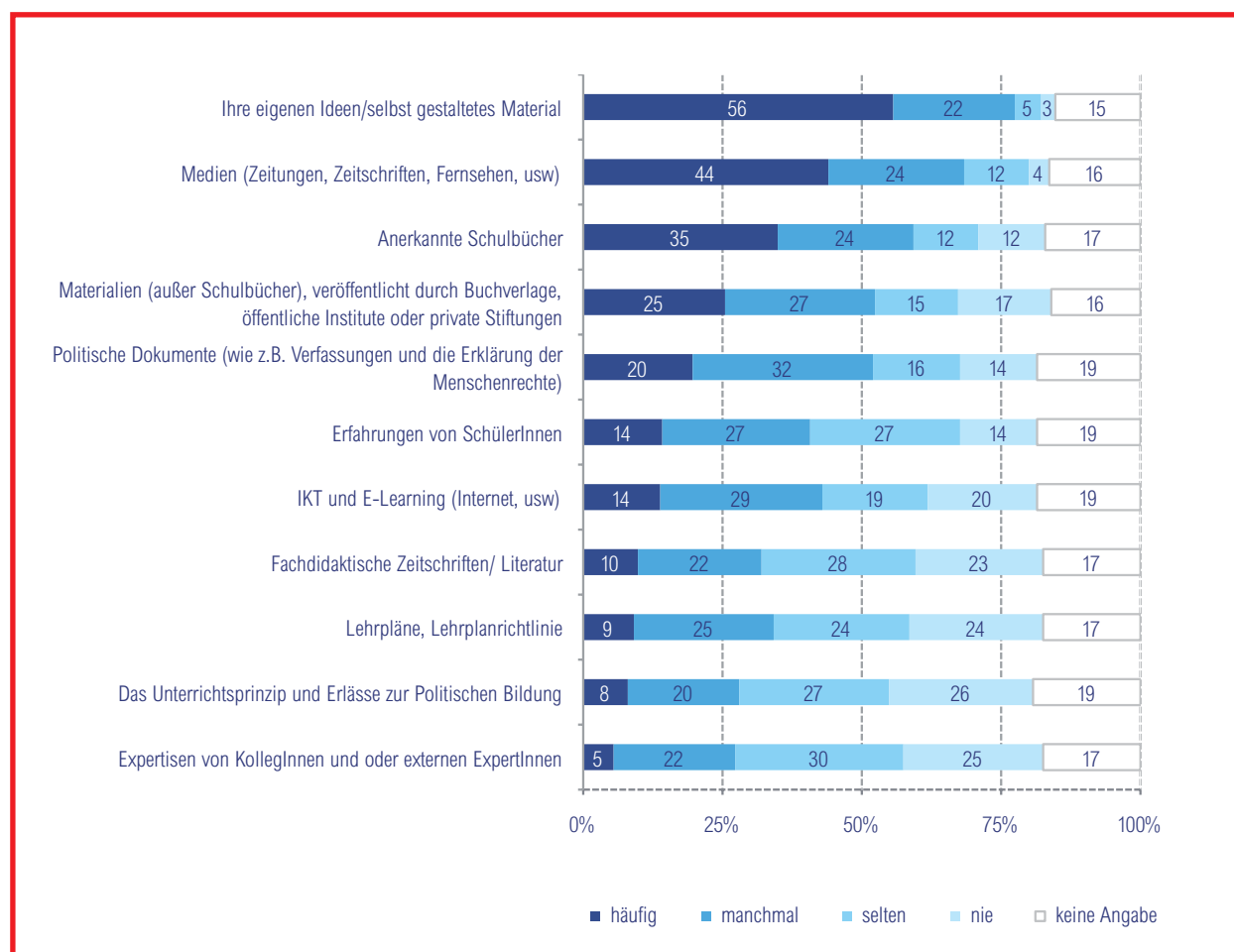


POLITISCHE BILDUNG IN WIENER SCHULEN

Ein wesentlicher Befund der Studie zur politischen Bildung ist, dass politische Bildung nicht wie andere Unterrichtsgegenstände entsprechend den Lehrplänen und Lehrplanrichtlinien unterrichtet wird. Anstelle der Fachdidaktik rückt eine subjektive Umsetzung des Lehr-

auftrages zur politischen Bildung, die stark von der einzelnen Lehrperson abhängt. Die LehrerInnen verlassen sich in der Vorbereitung hauptsächlich auf ihre eigenen Ideen und selbstgestaltetes Material. Darüber hinaus greifen sie auf Medien (Zeitungen etc.) sowie Schulbücher zurück, eine

Abbildung 4: **Vorbereitung politischer Bildung (Sekundarstufe 1)**



untergeordnete Rolle spielen Lehrpläne und Erlässe. Die Erfahrungen der SchülerInnen werden im Rahmen von politischer Bildung vergleichsweise selten von den LehrerInnen aufgegriffen. Jene LehrerInnen, die die Erfahrungen der SchülerInnen mit einbeziehen, berichten jedoch von sehr positiven Erfahrungen damit.

LehrerInnen erzählen in der Befragung noch mehr davon, wie sie politische Bildung vermitteln und womit sie positive Erfahrungen gesammelt haben. So greifen sie beispielsweise gerne aktuelle Geschehnisse in ihrem Unterricht auf. Auch das Miteinbeziehen der Erfahrungen und Erlebnisse der SchülerInnen erscheint den LehrerInnen besonders zielführend. Im eigenen Klassenzimmer gelebte Demokratie schafft den Berichten zufolge ein wesentliches Verständnis für Politik und Demokratie.

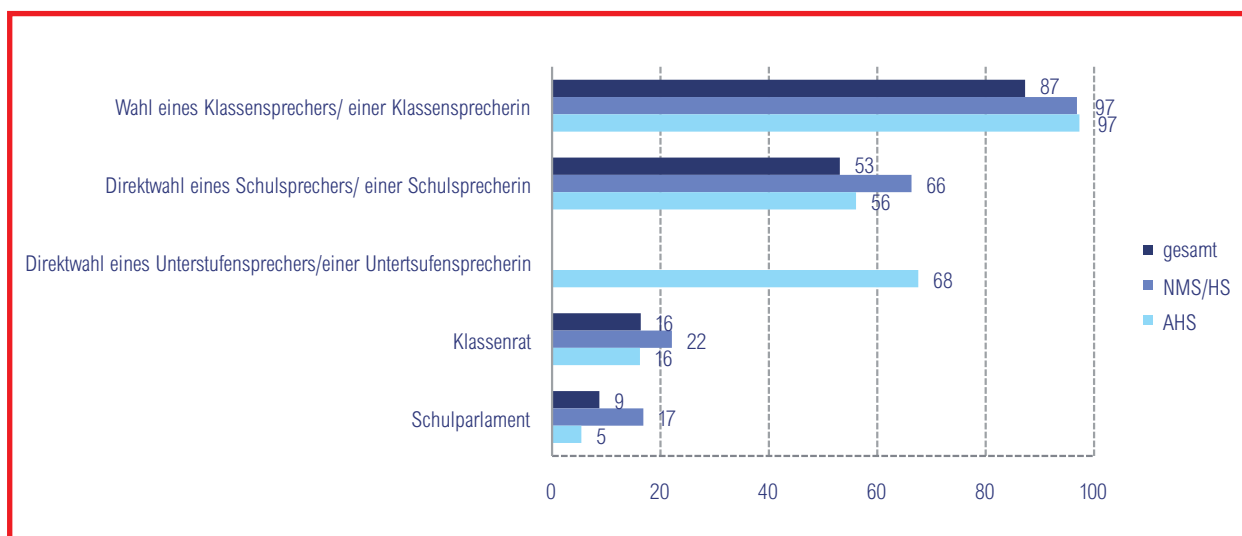
Manche LehrerInnen sind sehr kreativ dabei, wie sie Kindern und Jugendlichen Demokratie und Politik näher bringen. Sie

berichten beispielsweise von Rollenspielen, bei denen die SchülerInnen in die Haut politischer AkteurInnen schlüpfen.

Demokratie im Klassenzimmer

Das Erleben und Leben von Demokratie im Schulkontext führt zu einem tiefergehenden Verständnis von politischen Prozessen sowie zu höherer politischer Selbstwirksamkeit und ist daher als zentraler Bestandteil politischer Bildung anzusehen. In den Wiener Schulen sind schuldemokratische Elemente weitverbreitet, selbst in den Volksschulen finden Abstimmungen, Klassenrat und Wahlen statt. Allerdings kann beobachtet werden, dass diese demokratischen Elemente eher formal abgehandelt werden: Nach Selbsteinschätzung der LehrerInnen gelingt ihnen die Mitgestaltung und Mitbestimmung des Unterrichts durch die SchülerInnen nur mäßig und oftmals fehlt es an den zentralen Begleitungen sowie Vor- und Nachbereitungen schuldemokratischer Prozesse.

Abbildung 5: **Schuldemokratie (Sekundarstufe 1)**

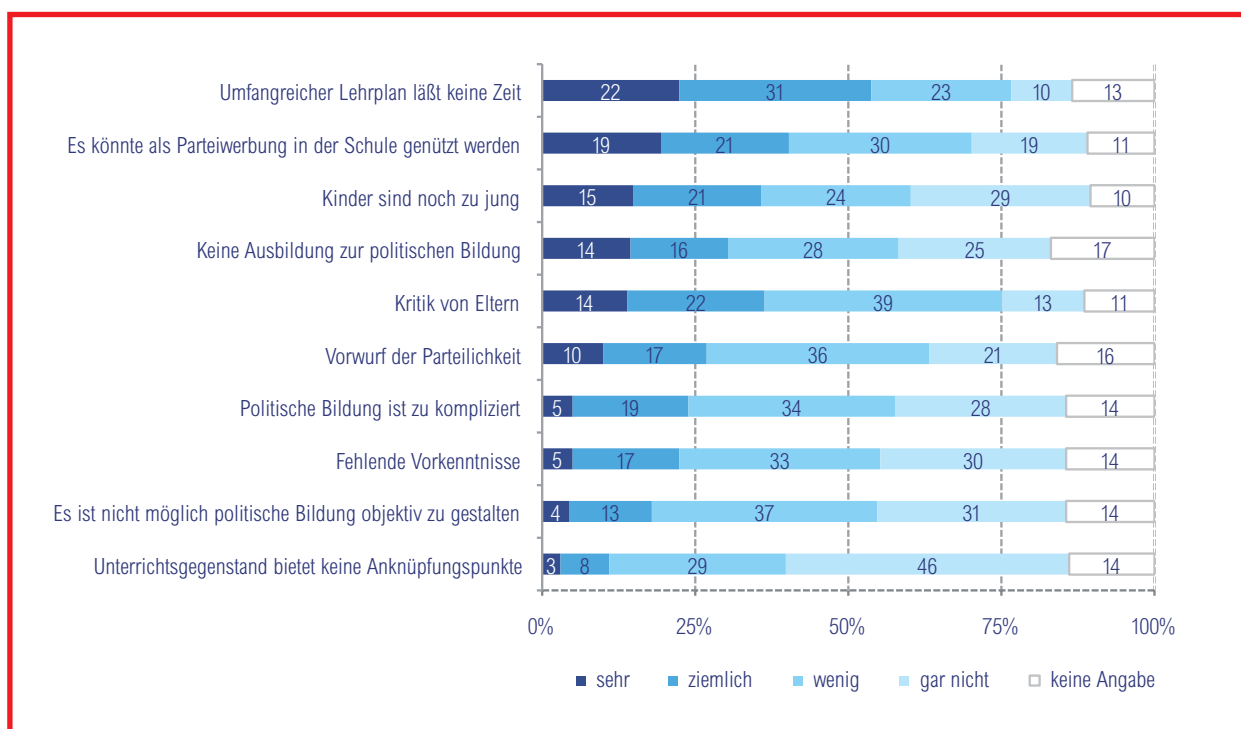


KEINE ANGST VOR POLITIK IN DER SCHULE

Die typischen Vorurteile gegenüber politischer Bildung, beispielsweise die Subjektivität von politischer Bildung, äußert nur ein kleiner Teil der LehrerInnen. Vielmehr sehen die LehrerInnen Schwierigkeiten aufgrund von strukturellen Problemen. So lässt der umfangreiche

Lehrplan keine Zeit für politische Bildung oder den LehrerInnen fehlt die Ausbildung, um politische Bildung zu vermitteln. Von diesen Schwierigkeiten berichten selbst LehrerInnen, die Geschichte unterrichten und im Erweiterungsfach den konkretesten Auftrag erhalten.

Abbildung 6: **Ängste und Befürchtungen rund um politische Bildung (Volksschulen)**



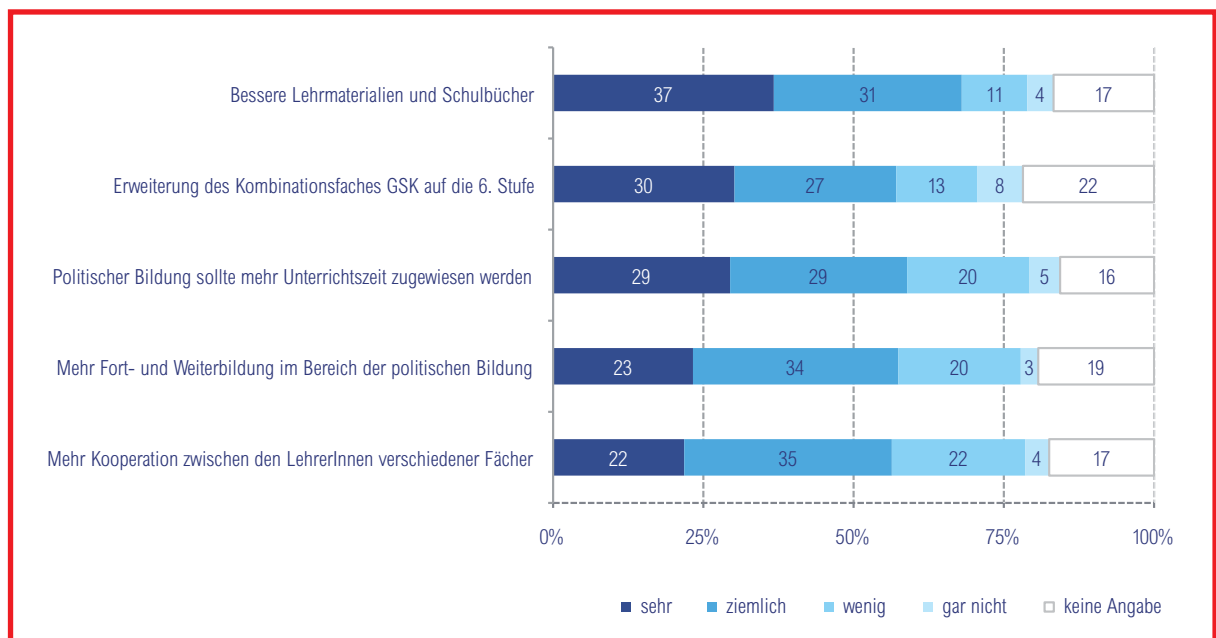
Mehr politische Bildung

Die LehrerInnen wünschen sich mehr Zeit für politische Bildung in der Schule aber auch bessere Lehrmaterialien und Schulbücher sowie die Ausweitung des Kombinationsfaches GSK/Politische Bildung auf die 6. Schulstufe.

Fort- und Weiterbildungen ABER

Während sich die deutliche Mehrheit der LehrerInnen mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wünscht, hat bisher nur ein kleiner Bruchteil der LehrerInnen Weiterbildungen zur politischen Bildung besucht. Ziel muss es sein, ein adäquates und ansprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot im Bereich der politischen Bildung anzubieten.

Abbildung 7: **Aspekte die bei politischer Bildung unterstützen würden**



INDIVIDUELLE CHARAKTERISTIKA ERKLÄREN POLITISCHE BILDUNG

Warum machen manche LehrerInnen viel, engagierten und partizipativen politisch bildenden Unterricht und andere wenigen? Sowohl für VolksschullehrerInnen als auch für die LehrerInnen der Sekundarstufe 1 konnten verschiedene Typen an Politischen BildnerInnen identifiziert werden: der Typ der Partizipativen, der Typ der Beobachtenden und der Typ der Reservierten. Wobei 41% der LehrerInnen der Sekundarstufe 1 als „partizipative LehrerInnen“, 37% als „beobachtende LehrerInnen“ und 22% als „reservierte LehrerInnen“ bezeichnet werden können. Die VolksschullehrerInnen wurden in zwei Typen unterschieden: 52% „partizipative LehrerInnen“ und 48% „reservierte LehrerInnen“. Diese LehrerInnentypen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Sozialisation, ihrem politischen Interesse, ihrem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik und hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber der demokratischen Realität in Österreich sowie gegenüber politischen AkteurInnen voneinander.

Gemeinsam ist den drei Typen eine grundlegend demokratische Einstellung und die Ansicht, dass Politik ein Weg ist, um die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft auszugleichen. Der partizipative Typ verfügt darüber hinaus über ein hohes politisches Interesse, ein hohes Verständnis für Politik und er ist von der Wirksamkeit politischer Partizipation

überzeugt. LehrerInnen dieses Typs stehen der aktuellen Ausgestaltung von Demokratie in Österreich, den Parteien und PolitikerInnen kritisch, jedoch wohlwollend gegenüber.

Auch der beobachtende Typ äußert ein hohes politisches Interesse und ein ausgeprägtes Verständnis für Politik. An der Wirksamkeit von politischer Partizipation zweifelt er jedoch und die Demokratie-Realität in Österreich mitsamt ihren AkteurInnen betrachtet er durchwegs kritisch.

LehrerInnen des reservierten Typs kennzeichnet ein deutlich geringeres politisches Interesse und eine allgemein geringe politische Selbstwirksamkeit. Die Ausgestaltung von Demokratie in Österreich, Parteien und PolitikerInnen werden sehr kritisch bewertet.

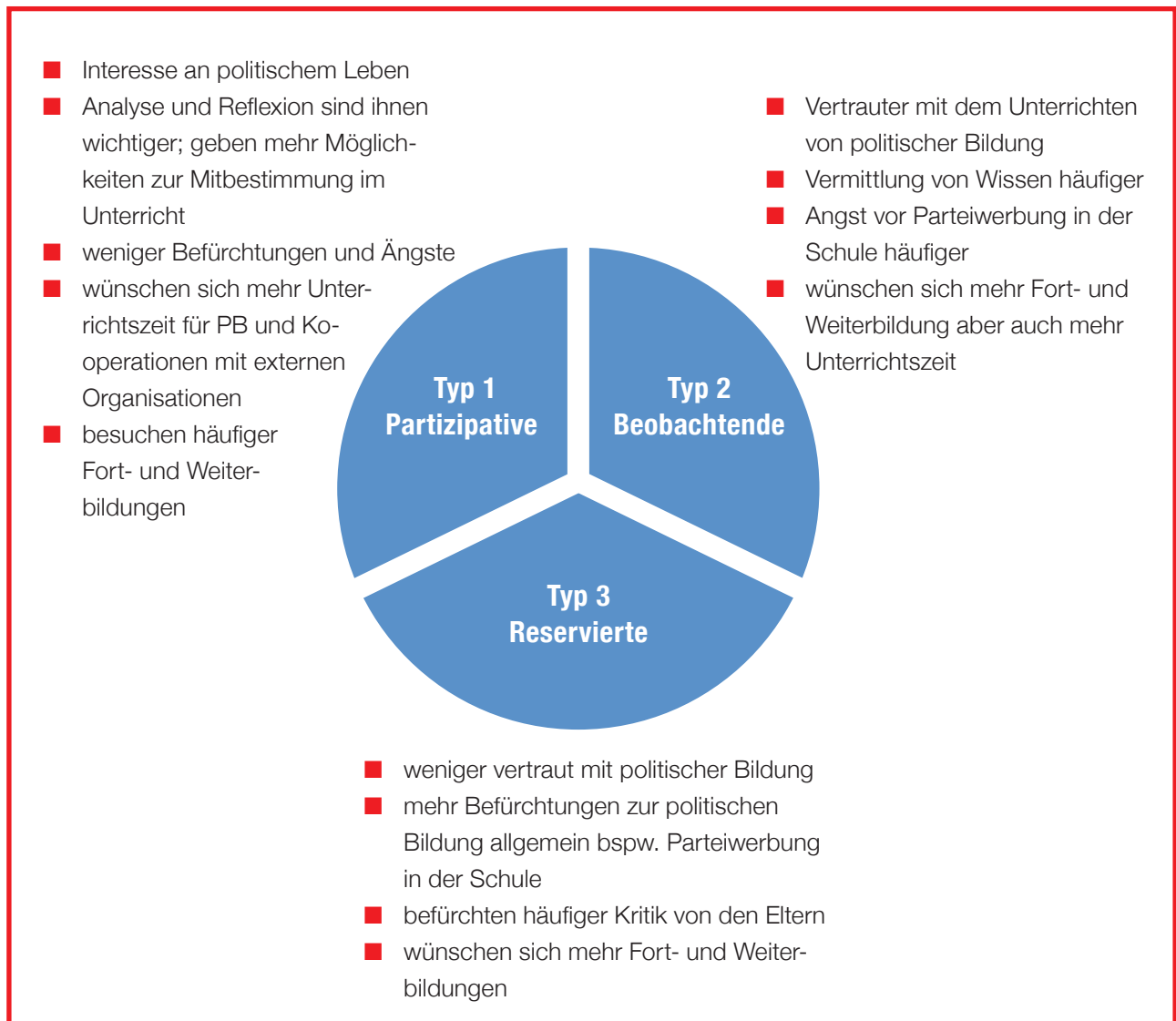
Abhängig von den in diesen Typen gebündelten individuellen Charakteristiken der LehrerInnen unterscheiden sich ihre Einstellungen zu und ihre Gestaltung von politischer Bildung:

LehrerInnen mit geringerem politischem Interesse und geringerem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik integrieren – unabhängig von Schultyp und Fach – weniger politische Bildung in ihren Unterricht. Sie messen außerdem der Vermittlung zahlreicher politischer Kompetenzen weniger

Wert zu, im Besonderen trifft dies auf die Vorbereitung zu bzw. die Ermöglichung von politischer Partizipation zu. In der Folge bieten sie ihren SchülerInnen auch weniger Möglichkeiten, politische Handlungen zu setzen.

Folgende Begründung für das geringere Engagement dieser LehrerInnen können aufgezeigt werden: Sie fühlen sich mit dem Unterrichten unterschiedlicher The-

men der politischen Bildung weniger vertraut. Dies trifft auf im engsten Sinne politische Themen wie das politische System oder Wahlen ebenso zu wie auf wirtschaftliche Zusammenhänge oder Medien. Hinzu kommt, dass sie in stärkerem Ausmaß Befürchtungen in Zusammenhang mit politischer Bildung äußern und mehr Schwierigkeiten in Hinblick auf die fehlende Ausbildung wahrnehmen.



ZUKUNFT POLITISCHER BILDUNG

Diese starke Abhängigkeit der politischen Bildung von individuellen Charakteristiken der LehrerInnen macht gute politische Bildung an Wiener Pflichtschulen derzeit zu einem Glücksspiel. Soll dem entgegen getreten werden, ist weitere Professionalisierung nötig:

- So sollte über eine Präzisierung des Lehrauftrags nachgedacht werden. Die Frage welche politische Bildung sollen SchülerInnen in Österreichs Schulen jedenfalls bekommen muss standardisiert beantwortet werden. Das Verständnis politischer Bildung im engeren Sinn sollte von der Verantwortung der Schulen im Bereich des sozialen Lernens getrennt betrachtet werden. Der bestehende umfassende und offene Auftrag berücksichtigt die unterschiedlichen Ausgangslagen der LehrerInnen nicht und nährt bei LehrerInnen mit geringerem politischem Interesse und geringerem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik Befürchtungen und führt zu Demotivation.
- Auch bei der Gestaltung von Unterrichtsmaterialien und Weiterbildungen können die unterschiedlichen Ausgangslagen der LehrerInnen (zusammengefasst in den Typen) mitberücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wünschen sich beispielsweise LehrerInnen mit hohem politischen In-

teresse und hohem Selbstvertrauen im Umgang mit Politik mehr Unterrichtszeit für politische Bildung und häufigere Möglichkeiten zur Kooperation mit externen Organisationen. LehrerInnen mit geringerem politischen Interesse und Selbstvertrauen bevorzugen demgegenüber zielführende Aus- und Weiterbildungen.

- Im Sinne des Unterrichtsprinzips zentral ist außerdem die Bereitstellung von praktischen Anknüpfungspunkten für alle Fachrichtungen – dort, wo die LehrerInnen sich sicher und wohl fühlen, kann angeknüpft werden.
- Das Fort- und Weiterbildungsangebot im Bereich der politischen Bildung auf die unterschiedlichen Typen von LehrerInnen zu evaluieren und ein Ausbau an entsprechenden Angeboten wäre zielführend.
- Für die nächsten LehrerInnengenerationen ist eine standardisierte Ausbildung aller LehrerInnen anzudenken.
- Nachdem für die SchülerInnen ein umfassendes Kompendium an Kompetenzen, welche sie im Rahmen ihrer schulischen politischen Bildung erwerben sollen, bereit steht, stellt sich die Frage: Welche Kompetenzen benötigen die LehrerInnen, um dieses vermitteln zu können?



WIEN

wien.arbeiterkammer.at

Medieninhaber: AK Wien

Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien

Telefon: (01) 501 65 0

Foto Seite 1: © Christian Schwier – Fotolia

Fotos Seite 2, 4, 6: Archiv Arbeiterkammer

Bestell-Telefon: (01) 310 00 10 **349**

AK Wien 02Z034649 M

Autorinnen: Elke Larcher, Martina Zandonella, SORA

Oktober 2014

Offenlegung gem. §25 MedienG:

siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum



WIEN

wien.arbeiterkammer.at